

Die Schuldenkrise - Ursachen und Lösungen

Der Bankrott des Geld- und Finanzsystems



Wirtschaft In den letzten Jahren stolpert die Welt von Krise zu Krise. Der Diplomkaufmann und ehemalige Banker Hilmar Benecke wirft einen Blick auf die Ursachen der enormen Schieflage unseres Geld- und Finanzsystems und zeichnet Lösungswege für die Überwindung der Krisenepidemie auf. Am Ende steht allerdings auch für ihn die Frage nach der Überlebensfähigkeit des Systems.

Hilmar Benecke

Zyklische Krise oder Systemkrise? Nach der Finanzkrise 2008 stritten sich die meisten Wirtschaftsexperten, ob die Konjunktur sich schnell, langsam oder mit einem zweiten Tief wieder erholen würde. All diesen Überlegungen war eins gemein: die Prämisse, dass es sich hierbei um eine zyklische Krise handelt, nach der es fraglos weiter aufwärts gehen würde – wie bei zahlreichen anderen Krisen/Rezessionen in den Jahrzehnten vorher. Inzwischen wird jedoch immer klarer: das Platzen der Subprime-Blase in 2007/2008 war der Beginn einer Systemkrise, also einer Krise unseres Finanz- und Geldsystems. Warum ist diese Unterscheidung so wichtig? Sie gibt uns einen Hinweis darauf, an welchen Stellen wir nach Lösungen suchen müssen. Oder nach Albert Einstein: „Probleme kann man niemals mit der gleichen Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

Warum ist die Schuldenkrise, die wir derzeit erleben, der Endpunkt einer systemimmanenten Entwicklung? Dazu müssen wir zunächst unser Geldsystem verstehen. Als erstes stellt sich hier die Frage, wie und durch wen unser Geld entsteht.

Das Schuldgeldprinzip: Geldschöpfung per Kredit

Der Prozess der Geldentstehung wird „Geldschöpfung“ genannt. Entgegen landläufiger Meinung ist das Drucken von Banknoten und Münzen der weitaus geringste Teil der Geldschöpfung (inzwischen deutlich unter 10 Prozent). Hauptakteur sind die Geschäftsbanken. Geld wird ausschließlich dadurch geschaffen, dass irgendjemand (Staat, Unternehmen, Bürger) einen Kredit bei einer Bank aufnimmt. Durch die Kreditvergabe entsteht das „Giralgeld“ – und zwar durch eine Buchung in der Bankbilanz. Dafür muss weder „die Notenpresse angeworfen werden“ noch benötigt die Bank Spareinlagen oder ähnliches, um dieses Giralgeld zu erzeugen. Unser Geld ist also eine Art „Schuldgeld“. Je mehr sich Wirtschaftsteilnehmer verschulden, desto größer ist das Geldmengenwachstum. Dadurch wird auch deutlich, dass Wirtschaftswachstum vorrangig durch neue Schulden finanziert wird. Der Wirtschaftsboom Mitte des letzten Jahrzehnts resultierte zu weiten Teilen aus dem Konsum der amerikanischen Haushalte, die sich mit Hilfe der amerikanischen Politik des „billigen Geldes“ bis weit über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit

verschuldeten. Noch einmal in aller Deutlichkeit: Geld entsteht, ohne gedruckt werden zu müssen. Kredite können vergeben werden, ohne dass dafür ein entsprechendes Guthaben vorhanden sein muss. Sie müssen allenfalls refinanziert werden, entweder durch Geldanlagen oder durch Zentralbank-Kredite.

Reagieren statt Regulieren: Zentralbanken in der Krise

Das einzige Regulativ für das Geldmengenwachstum sind die Zentralbanken – im Euroraum die Europäische Zentralbank (EZB). Ihr Auftrag ist die Geldwertstabilität und so versucht sie, die Inflation durch ihre Zinspolitik sowie durch ihre Kreditvergabe den Banken gegenüber zu steuern. Früher berichtete die Deutsche Bundesbank regelmäßig über die Entwicklung verschiedener Geldmengen (M1, M2 und M3). Heute beschränkt sich die EZB überwiegend auf die Kommentierung ihrer Entscheidungen zum Leitzins – meist mit Hinweis auf (erwartete) Inflationsraten. Warum? Die Höhe der Kreditvergabe durch Banken und damit die Geldmenge wird im Wesentlichen von zwei Faktoren begrenzt: dem Eigenkapital der Banken und einem bei der Zentralbank zu hinterlegenden Mindestreservesatz. Letzterer ist jedoch inzwi-

schen so gering (aktuell wurde er von 2 Prozent auf 1 Prozent gesenkt), dass er auf das Geldmengenwachstum nahezu keine Auswirkungen mehr hat. Demgegenüber hat die Eigenkapital-Knappheit der Banken durch Wertabschreibungen (erst bei Immobilien, jetzt bei Staatsanleihen) die Angst vor einer „Kreditklemme“ wieder verstärkt. Die Reaktion: günstige Zentralbankkredite in unbegrenzter Höhe, (Ramsch-)Anleihen von kränkenden Staaten werden von der EZB aufgekauft oder als Sicherheit für Zentralbank-Kredite an Banken akzeptiert – alles Maßnahmen, die das Geldmengenwachstum beschleunigen. In den letzten 20 Jahren hat sich das Geldmengenwachstum in ständig steigendem Maße vom Wachstum der jeweiligen Bruttoinlandsprodukte (BIP) entfernt – und das in nahezu allen großen Wirtschaftsnationen. Die Differenz zwischen Geldmengenwachstum und BIP-Wachstum wird oft auch als „wahre Inflation“ bezeichnet und liegt heutzutage weit über den öffentlich berichteten Raten.

Immense vagabundierende Kapitalmengen

Ein wesentlicher Grund, dass die gestiegene Geldmenge nicht die Verbraucherpreise ähnlich stark steigen lässt, liegt in den

ungleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Die Geldmengenwüchse landen nicht mehr in den Händen der breiten Masse der Einkommensbezieher (um dort zur Nachfrage nach Konsumgütern zu führen), sondern auf den Depots der Vermögensinhaber. Die Flutung der Finanzmärkte mit neuem Geld führt also nicht zu steigendem Verbrauch, sondern zu immer umfassenderen und komplexeren Vermögensanlagen. Das Resultat sind immense vagabundierende Kapitalmengen, die auf der Suche nach immer neuen Renditezielen sind. Sie sorgen immer schneller auf bestimmten Teilmärkten für die „Blasen“. Diese „Vermögenspreis-Inflation“ wird etwa in Form sprunghaft steigender Aktien- oder Rohstoffpreise sichtbar. Die Folge: Teuerung der Grundnahrungsmittel wird inzwischen weniger durch Zunahme der Nachfrage, als vielmehr durch Spekulationen von Kapitalanlegern verursacht. Allerdings mit dem gleichen Ergebnis: Hunger und Tod!

Zins und Zinseszins

Bei der Kreditvergabe werden Aktiv- und Passivseite einer Bankbilanz erhöht. Auf diese Weise wird neues Geld geschaffen – jedoch nur in Höhe der Kreditsumme. Das für die Zinszahlungen benötigte Geld wird nicht mit geschöpft. Es muss also entweder aus der bishe-

rigen Geldmenge oder durch zusätzliche Schulden generiert werden. Werden die Schulden nicht getilgt – wie seit Jahrzehnten bei der Staatsverschuldung – entsteht ein Zinseszinsseffekt. Dieser führt zu einer stetig steigenden Vervielfachung des Ursprungsbetrags (man nennt dies „exponentielles Wachstum“).

Das gleiche Phänomen gibt es auf der Vermögensseite, wenn Zinseinnahmen wieder angelegt werden. Manche Geldsystemkritiker halten den Zinseszinsseffekt für eine Ursache der Schuldenkrise, da sich hierdurch Schulden wie Vermögen im Zeitverlauf exponentiell vermehren und irgendwann geradezu explodieren. Diese Ansicht ist nicht unumstritten. Sicher ist jedoch der Umverteilungseffekt: In allen Preisen sind die Kreditzinsen von Unternehmern und Immobilienbesitzern kalkulatorisch enthalten und werden letztlich vom Verbraucher bezahlt. Sie fließen denjenigen zu, die „ihr Geld für sich arbeiten lassen“. Je höher die Schulden- und Vermögensberge werden, desto größer ist der Umverteilungseffekt durch den Zins.

Die Politik und die Schuldenspirale

Die neoliberalistische Finanz- und Wirtschaftspolitik der westlichen Industrienationen hat in den letzten 20 Jahren den Umverteilungsprozesses u.a. durch

Deregulierung der Finanzmärkte und Steuerentlastungen beschleunigt. Dieser Effekt ist dort am Stärksten, wo die staatlichen Strukturen es den Vermögenseliten erlauben, sich ihrem Beitrag zum Erhalt des Gesellschaftssystems zu entziehen – sei es durch Steuerbetrug/Korruption wie in Griechenland und Italien oder durch niedrige Steuersätze mit zahlreichen Vergünstigungen für Kapitalvermögen wie in den USA. Wo die Schere zwischen Arm und Reich durch Steuerpolitik und Lobbyismus besonders stark auseinanderklafft, wird der Staat am schnellsten zum Schuldenmonopolisten. Diese Überlegungen machen deutlich, warum der ständig wachsenden Zahl der (Multi-)Milliardäre auch ein immer größer werdender Schuldenberg gegenübersteht. Die Staaten sind das letzte Glied in der Kette, da diese die Schulden der Banken übernehmen, wenn die breite Masse der ärmer werdenden Bevölkerung (oder erfolglose Spekulanten) ihre Schulden nicht mehr bedienen können.

Die Subprime-Krise mit der daraus resultierenden Überschuldung zunächst der Kreditnehmer, dann der Banken und schließlich der Staaten war der vorläufige Höhepunkt dieser Schuldenspirale. Ohne ein Prophet zu sein, lässt sich voraussagen, dass es nicht der letzte war, „um das System zu retten“.

Wege aus der Schuldenkrise

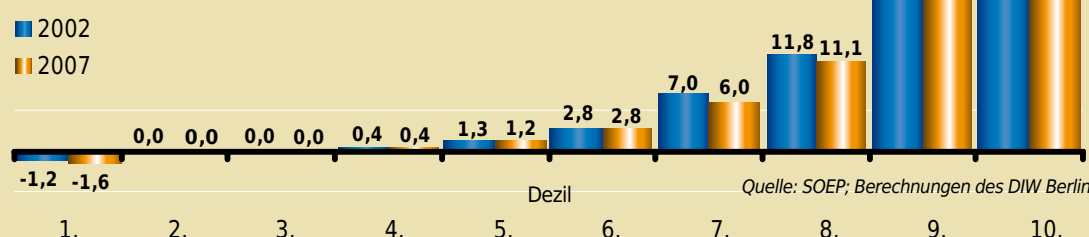
Wir leben also in einem System der doppelten Buchführung. Der Gesamtsumme der Schulden steht also eine ebenso große Summe von Vermögen gegenüber. Sollen die Staatsschulden reduziert werden, ist zwingend auch eine Forderung nach weniger Vermögen der Gläubiger verbunden. Weniger Schulden gleich weniger (Geld-)Vermögen! Nur weil uns Schulden als etwas Schlechtes und Guthaben als etwas Gutes erscheinen, heißt das nicht, dass wir nur eine Seite der Bilanz verringern können. Es ist also offensichtlich, dass mit der Verringerung von Schulden auch eine Reduzierung von Vermögen einhergehen muss. Damit wird gleichzeitig virtuelles Geld („Giralgeld“) vernichtet. Politik und Wirtschaft müssten ein Interesse daran haben, dieses Geld zu einem möglichst kleinen Bestandteil dem (Real-)Wirtschaftskreislauf zu entziehen, denn sonst droht Deflation.

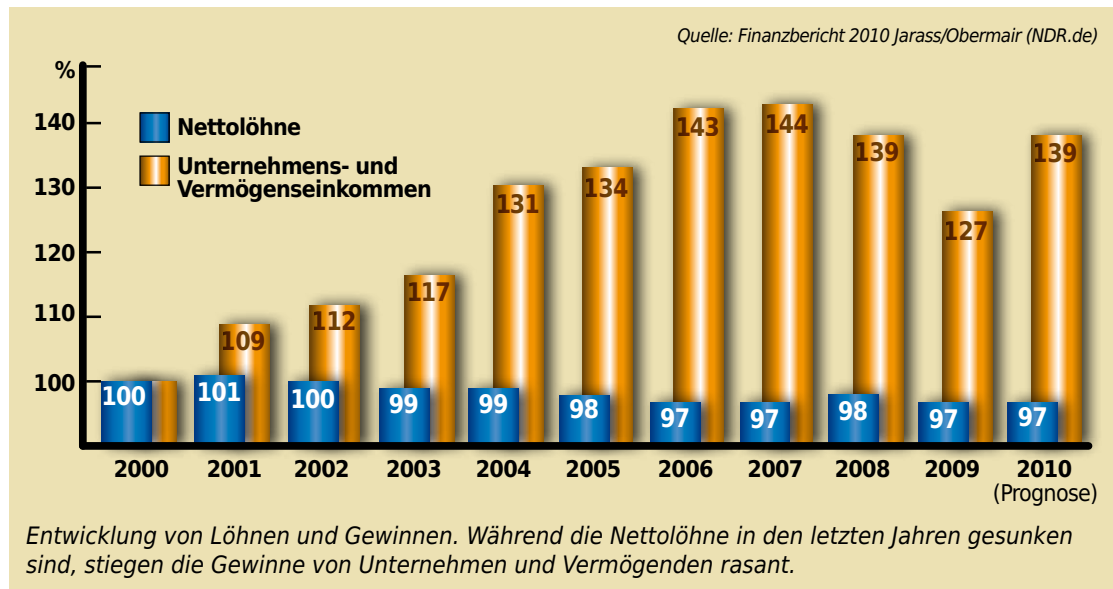
Grundsätzlich ist es möglich, da die Flutung der Finanzmärkte mit Geld (auch, aber nicht nur durch die Zentralbanken) inzwischen zu einem Geldvolumen geführt hat, das nach aktuellen Schätzungen etwa zehnmal höher ist als die durch die reale Wirtschaft geschaffenen Sachwerte. Die Frage ist also, wie man das Geld dort vernichtet (d.h. zur Schuldenreduzierung heranzieht), wo es quasi zum Selbstzweck der Geldvermehrung herumvagabundiert. Und unmittelbar damit verbunden stellt sich die nächste Frage – vor der die handelnden Akteure am meisten Angst haben – ist dies möglich, ohne dass das gesamte Finanzsystem zusammenbricht?

Möglichkeiten der Entschuldung

Diese Zusammenhänge sind wichtig, um die zurzeit präferierte Lösung des Sparens als Mär zu entlarven. Sparen heißt nichts anderes als Ausgaben kürzen – entweder für Investitionen oder für Konsum. Beide Faktoren sind aber Stützpfiler un-

Vermögensverteilung in Deutschland in den Jahren 2002 und 2007. Während das Vermögen des ärmsten Zehntel in den 5 Jahren abgenommen hat, stieg es bei den Reichsten der Reichen weiter an. Demnach besaßen nach verschiedenen Berechnungen des DIW die reichsten 10 % der Bevölkerung ab 17 Jahre 2007 zwischen 61 und 66 % des Gesamtvermögens, die reichsten 0,1 % (etwa 70.000 Personen) bereits mit 1.627 Milliarden Euro fast ein Viertel des Gesamtvermögens. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung (etwa 35 Mio. Personen) besaß mit 103 Milliarden Euro dagegen nur 1,4 % des Gesamtvermögens und damit weniger als die zehn reichsten Deutschen im selben Jahr (113,7 Milliarden). Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung hatten 2007 kein oder nur geringes Vermögen.





seres Wirtschaftslebens, das auf der anderen Seite die Staatseinnahmen generiert. Was mit diesen geschieht, wenn nur gespart – also gekürzt – wird, sehen wir zurzeit in allen Krisenländern. So wie die Staatsverschuldung unser Wirtschaftswachstum (künstlich) angetrieben hat, so führt Sparen zur gleichen Dynamik, bloß in die andere Richtung. Die Konjunkturprogramme in 2008 und 2009 wurden übrigens damit begründet, dass die Ausgabenkürzungsprogramme in den Jahren 1930-1932 in Deutschland zu Massenarbeitslosigkeit führten. Wie kann diese Argumentation innerhalb von drei Jahren falsch werden? Eine (Staats-)Entschuldung kann also nur zu Lasten eines Schrumpfens anderer möglichst realwirtschaftsferner Vermögenswerte erzielt werden, wenn eine Deflation vermieden werden soll. Auf einer höheren Ebene sind nur drei Modelle denkbar:

- **Streichen von Schulden** und den ihnen gegenüber stehenden Guthaben (Schuldenschnitt)
- Vergrößerung der Staatseinnahmen durch **höhere Steuern oder Abgaben** (auch einmalige) auf Vermögenswerte und/oder Einkommen
- **Inflation** (als Geldentwertung, die gezielt verursacht wird durch Geldmengenwachstum, das größer ist als der Produktivitätszuwachs der Realwirtschaft)

Andere Lösungen – außer einer Währungsreform – gibt es meiner Ansicht nach nicht. Die Frage ist also nur, mit welchen Mitteln und in welchem Zeitraum der Prozess des „Schulden- und Vermögen-Vernichtens“ stattfinden sollte.

● **Der Schuldenschnitt** Der radikalste Weg ist der sogenannte Schuldenschnitt, bei dem sich von einem auf den anderen Tag die Kredite der Schuldner und die Vermögen der Gläubiger um den gleichen Betrag reduzieren. Dies träfe vor allem die Inhaber größerer Staatsanleihen-Pakete: Banken und Versicherungen. Hiervon wäre der normale Sparer insofern betroffen, als Lebensversicherungen oder ähnliche Anlageprodukte für die Altersvorsorge ebenfalls an Wert verlieren. Jedoch würde es am stärksten Banken treffen. Die damit einhergehenden Verluste würden das ohnehin spärliche Eigenkapital auffressen. Bankenpleiten wären wahrscheinlich die Folge, damit verbunden natürlich auch die Notwendigkeit einer erneuten Bankenrettung. Wenn man es diesmal allerdings anders – meines Ermessens richtiger – macht (nämlich Kapitalisierung der Banken in Form echten Eigenkapitals und damit voraussichtlich Anteilsmehrheit des Staates; siehe Schweden in den 90er Jahren), bietet diese „Katastrophe“ aber auch eine Chance. Man könnte nämlich mögliche politische Ziele der Bankenregulierung (zum Beispiel Maßnahmen gegen das

„too big too fail“ oder Begrenzung des Derivatemarktes bis hin zum Verbot von Geldwerten ohne realwirtschaftlichen Bezug) als Eigentümer leichter und schneller umsetzen. Diese Variante könnte jedoch unser heutiges Finanzsystem zusätzlich dadurch erschüttern, dass bei einem Schuldenausfall (im Gegensatz zum „freiwilligen“ Schuldenverzicht im Falle Griechenlands) die im letzten Jahrzehnt auch auf Staatsanleihen immer zahlreicher gewordenen Kreditausfallversicherungen (sog. CDS) fällig werden würden. Da dieser Markt bis heute nicht transparent geregelt wurde, weiß niemand, wer in welcher Höhe dadurch Ausfälle zu erleiden hätte. Allein das Volumen der gehandelten CDS lässt jedoch darauf schließen, dass Massenpleiten von größeren Finanzmarkt-Teilnehmern die Folge wären (insbesondere Banken und deren Zweckgesellschaften sowie Hedgefonds). Die Angst vor dem damit einhergehenden Dominoeffekt erklärt auch, warum bisher auf die Freiwilligkeit des Schuldenverzichts so großer Wert gelegt wurde.

● **Höhere Einkommens- und Vermögensabgaben** Einmalige Vermögensabgaben in nennenswerter Höhe eignen sich ebenfalls zu einer kurzfristigen Schuldentilgung. Diese würden sich allerdings vornehmlich wohl auf immobile Sachwerte beziehen, da die meisten anderen Vermögenswerte leicht zu transferieren sind und eine

global einheitliche Vorgehensweise illusorisch erscheint. Hiermit träfe man also eher die Eigentümer von Immobilien und Betriebsvermögen, die nicht identisch sein müssen (und wahrscheinlich auch nicht sind) mit den Besitzern der großen Geldvermögen – also den Staaten-Gläubigern. Eine langsamere Variante ist die jährliche Besteuerung größerer Vermögen und Einkommen. Die Dauer der hierdurch möglichen Schuldentilgung richtet sich nach der Höhe der zusätzlichen Besteuerung. Je höher diese allerdings ausfällt, desto größer ist das Risiko von Vermögenstransfers und/oder der Verlagerung von Wirtschaftsbetrieben. Da sich auch bei dieser Maßnahme ein international koordiniertes Vorgehen nur schwer vorstellen lässt, muss jeder Staat, der sich für diesen Weg entscheidet, Wettbewerbsnachteile befürchten, die dann wieder unmittelbar das Steueraufkommen sinken lassen. Dies ist der Preis des Kampfes um Wirtschaftswachstum zwischen den einzelnen Nationen, der auch Teil unseres globalisierten Wirtschaftssystems ist. Bei der Umsetzung eines solchen Modells wäre es jedoch außerordentlich wichtig, dass die daraus resultierenden Staatseinnahmen ausschließlich zur Schuldentilgung – also zur Reduzierung der Geldmenge – genutzt werden dürften. Fließen sie in den Wirtschaftskreislauf zurück (etwa als „soziale Wohltaten“), wirken sie dort inflationsstrebend.

● **Inflation** Die langsamste Variante der Schuldentilgung ist die Inflation. Sie greift am schleichendsten in die aktuellen Finanz- und Wirtschaftskreisläufe ein. Es ist nahe liegend, dass dies die von der Politik bevorzugte Lösung ist, da ihre Folgen von den heutigen Entscheidungsträgern nicht mehr zu verantworten sein werden. Inflation verlagert die Probleme in die (vielleicht schon nähere) Zukunft und entspricht damit genau dem politischen Handeln, das zu Verschuldung statt Verzicht und zum rücksichtslosen Verbrauch begrenzter Ressourcen geführt hat. Inflation re-

duziert die Kaufkraft von Geldvermögen, so dass diejenigen davon am wenigsten betroffen sind, die Sachwerte besitzen (unter anderem Immobilien, Aktien und Rohstoffe wie etwa Gold) – also durch andere Wertanlagen aus dem Geldsystem ausgestiegen sind. Demgegenüber verlieren alle Sparguthaben sowie alle Geldversprechen für die Zukunft (z. um Beispiel Lebensversicherungen und Renten) an Wert. Da eine steigende Anzahl von Menschen nur noch begrenzte Mittel hat, die sie in Sachvermögen investieren kann, ist Inflation die größte Armutsfalle der Zukunft. Durch den Kaufkraftverlust kann unter anderem der Mittelstand immer weniger zum Wirtschaftswachstum beitragen, so dass auch er zunehmend verarmt. Inflation schützt also insbesondere die Vermögen, die am leichtesten und schnellsten transferierbar sind (in Sachwerte, andere Währungen etc.). Letztlich sollte den politisch Handelnden klar sein, wie schwer es sein dürfte, eine Inflation mit geldpolitischen Maßnahmen exakt zu steuern. Unabhängig davon, ob man sich „in der Theorie“ für eine langsamere Variante von 3 bis 5 Prozent oder für eine zügigere von 6 bis 8 Prozent Inflation entscheidet, kann irgendwann der Punkt kommen, wo sich die Lohn-Preis-Spirale so schnell dreht, dass der Kreislauf kaum noch zu bremsen ist. Was in ei-

nem solchen Szenario auch vom Mittelstand noch übrig bleibt, zeigen die Erfahrungen der Vergangenheit.

Zusammenfassende Beurteilung

Zunächst einmal verdeutlichen alle diese Überlegungen, dass es keine schmerzfreie Lösung mehr gibt. Die Frage ist jedoch, wann und bei wem die Schmerzen auftreten sollen. Versucht man diejenigen zur Lösung der Schuldenkrise heranzuziehen, die sie mitverursacht und am meisten davon profitiert haben, ist die Gefahr eines Zusammenbruchs unseres heutigen Finanz- und Geldsystems am größten. Versucht man die Nutznießer dieses Systems möglichst zu schonen, um das System nicht zu gefährden, werden weiterhin diejenigen die Lasten tragen, die davon am unmittelbarsten in ihrem eigenen Lebensstandard betroffen sind. Jeder der aufgezeigten Wege kann früher oder später zu einem Systemcrash führen, schon allein weil nicht klar ist, ob sich dieser überhaupt noch verhindern lässt. In der heutigen Zeit der Dauer-Krisengipfel muss die Frage erlaubt sein, ob diejenigen, die auf dem Standpunkt stehen, dass es keine Möglichkeit mehr gibt, dieses Finanz- und Geldsystem noch zu retten,

da der „point of no return“ bereits überschritten ist, allesamt unreflektierte Anhänger eines Weltuntergangsszenarios sind? Der Schuldenschnitt beinhaltet sicherlich das größte Risiko, sehr schnell einen Systemcrash herbeizuführen. Er entspricht damit am ehesten der Forderung nach einem „lieber ein Ende mit Schrecken als einem Schrecken ohne Ende“. Aber auch die Inflationsvariante birgt mittel- bis langfristig diese Gefahr. Sie führt letztlich zu einer weiteren Bedürftigkeit der Menschen am Existenzminimum, so dass hier bürgerkriegsähnliche Zustände verbunden mit dem Ruf nach „dem starken Mann“ die Folge sein könnten. Ist das wirklich die bessere Alternative? Jede Form der höheren Besteuerung bis hin zur Teilenteignung der vermögendsten Bevölkerungsschicht hat voraussichtlich die wenigsten systemgefährdenden Elemente. Sie ist aber nach heutigem Stand wohl auch die unwahrscheinlichste der Varianten. Da der Wettkampf der Staaten um Vermögen und Unternehmen wohl auch weiterhin im Wesentlichen über Steuerwohlstand geführt werden wird, und es bereits weltweite Umverteilungskämpfe um Realvermögen gibt, sehe ich keine Regierung, die diesen Weg wagen würde. Da diese Bewertung der dargestellten Entschuldungs-Wege das Inflationsszenario politisch am wahrscheinlichsten erscheinen lassen, sollen die folgenden Ausführungen Spielräume beleuchten, die es bei der Ausgestaltung gibt.

Gestaltungsmöglichkeiten des Inflationsszenarios

Wenn wir uns also für Inflation und damit für ein Geldmen-genwachstum entscheiden, das oberhalb der Steigerung des BIP liegt, sollte man sich die folgenden beiden, eng zusammenhängenden Fragen stellen:

- Wer finanziert künftig die Staatsschulden? (Zentralbanken versus Geschäftsbanken)
- Wer soll dieses Geld schöpfen? (Zentralbankgeld versus Giralgeld)

Wie ist es heute? Staaten finanzieren sich über den so genannten Primärmarkt, zu dem nur ein bestimmter Kreis von Geschäftsbanken Zutritt hat. Diese leihen dem Staat Geld und kassieren dafür die jeweils marktüblichen Zinsen, die sich überwiegend nach Bonität des Staatsschuldners sowie Laufzeit richten. Dieses Geld können die Banken entweder selbst schöpfen (= Giralgeld; z. B. durch Kauf von Wertpapieren) oder sie leihen es sich von den Zentralbanken (= Zentralbankgeld) zum gerade aktuellen „Hauptrefinanzierungssatz“ (zurzeit 1 Prozent). Die Zinserträge (bei Zentralbank-Geld die Zinsdifferenz) sind Gewinn der Bank und erhöhen ihr Eigenkapital. Darüber hinaus ist nach den geltenden gesetzlichen Regelungen für die Finanzierung der Staaten – also dem Kauf von Staatsanleihen durch die Banken – kein Eigenkapital der Banken erforderlich. Man kann davon ausgehen, dass dies politisch gewollt war und ist. Und es geht noch weiter: Diese Staatsanleihen können (und zwar unabhängig von der Zahlungsfähigkeit des Schuldnerstaats) als Sicherheit bei den Zentralbanken hinterlegt werden, um damit neues Zentralbankgeld zu leihen. Wie könnte eine Alternative aussehen? Der oben beschriebene Zinsgewinn der Banken ist vollkommen risikolos, solange sichergestellt ist, dass der Staat seine Schulden bedient. Alle Rettungsschirme und sonstigen Entscheidungen der letzten EU-Gipfel sollen genau diese Garantie geben (Ausnahme: der freiwillige Schuldenschnitt Griechenlands). Wenn „die Märkte“ also überzeugt werden sollen, dass der Ausfall einer Staatsanleihe durch entsprechende Bürgschaften ausgeschlossen wird, wodurch rechtfertigt sich dann der Zinsgewinn der Banken? Warum soll die Inflationsgefahr



Der Domino-Effekt der Finanzmärkte: Wer fällt als nächstes?

Alternative Finanzsysteme



Die Alternativsysteme unterscheiden sich einerseits dadurch, ob sie einen Systemwechsel „im laufenden Geschäftsbetrieb“ als möglich ansehen oder auf den „Trümmern eines System-Crashes“ aufsetzen. Andererseits drehen sie an unterschiedlichen Stellschrauben, in Abhängigkeit davon, was sie als Hauptmangel des aktuellen Systems ansehen. Drei Mängel werden immer wieder diskutiert:

- die ausufernde Geldschöpfung durch Banken
- das Zinssystem an sich (Zinseszinsseffekt und der „fehlende Zins“ bei der Geldschöpfung)
- Geld ist sowohl Tauschmittel als auch Wertaufbewahrungsmittel (das bedeutet: Durch Sparen wird Geld dem Wirtschaftskreislauf entzogen. Die fehlenden Mittel müssen durch neue Schulden „kompensiert“ werden. Je ungleicher die Vermögensverteilung, desto mehr Geld wird in Finanzprodukten gehortet.)

Folgende Modellalternativen werden unter Systemkritikern am intensivsten diskutiert:

- die Monetative und das Vollgeldsystem
- Freiwirtschaftslehre nach Silvio Gesell
- Plan B der Wissensmanufaktur

Die Monetative (www.monetative.de) beschreibt ein Geldsystem, bei dem die Geldschöpfung ausschließlich durch eine unabhängige vierte Kraft im Staat (die „Monetative“) erfolgt und nicht mehr auf Schul-

den basiert. Deren Vertreter gehen davon aus, dass ein Systemwechsel jederzeit möglich ist. Neben dem Vollgeldsystem sind Regiogeld-Systeme ausdrücklich erwünscht.

Im Mittelpunkt der **Freiwirtschaftslehre** steht der Verzicht auf Privateigentum an Boden sowie ein umlaufgesichertes Geldsystem. Letzteres bedeutet, dass das im Umlauf befindliche Geld im Zeitverlauf abgewertet wird - also eine Art negativer Zins. Freiwirtschaftler verweisen gern auf „das Wunder von Wörgl“ (www.zeit.de/2010/52/Woergl). Regional werden umlaufgesicherte Geldsysteme bereits eingesetzt (www.regiogeld.de). Das Bekannteste ist der „Chiemgauer“.

Der Plan B (www.wissensmanufaktur.net/plan-b) geht über Vorschläge zum Finanzsystem hinaus und fordert ein umfassend neues gesellschaftspolitisches System. Er rechnet mit einem Zusammenbruch des jetzigen Finanzsystems. Kritiker der Wissensmanufaktur meinen, in manchen Formulierungen und Forderungen totalitäre Tendenzen zu erkennen.

Wer jetzt sein Interesse entdeckt hat, sich an der Gestaltung dieser und ähnlicher Themen zu beteiligen: Die „AG Geldordnung und Finanzpolitik“ in der Piratenpartei beschäftigt sich vorrangig mit Alternativen zum jetzigen Geld- und Finanzsystem. Politische Maßnahmen zur Reform unseres Wirtschaftssystems werden dagegen in der „AG Wirtschaft“ diskutiert.

höher sein, wenn das Geld von der Zentralbank direkt an die Staaten wandert, als wenn bei diesem Geldtransfer die Banken zwischengeschaltet sind? Der einzig denkbare Grund kann ja nur die Höhe des Marktzinses sein, der disziplinierend auf das Ausgabeverhalten der Staaten wirken soll. Wenn aber die Zinshöhe das einzige Steuerungsinstrument ist, dann kann auch die Zentralbank unterschiedliche hohe Zinsen für die Anleihen verschiedener Staaten erheben. Die Zinshöhe resultiert aus der Bonität eines Staats, die größtenteils zum einen von der Höhe der Staatsverschuldung und zum anderen von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (z.B. Wirtschaftswachstum oder Handelsbilanz oder ähnliches) abhängt. Der viel kritisierten Abhängigkeit von amerikanischen Ratingagenturen könnte dadurch begegnet werden, dass ein transparentes Alternativ-Rating aufgebaut wird, in das die gleichen ökonomisch relevanten Parameter zur Beurteilung der Staatsbonität einfließen. Diese steuern dann den Zinssatz, zu dem sich Staaten bei der EZB finanzieren können. Mit dem entscheidenden Unterschied, dass keine (nahezu risikolose) Zinsdifferenz mehr bei den Banken hängenbleibt. An dieser Zinsdifferenz verdienen dann die EZB und damit der Steuerzahler, der letztlich ja auch über die Rettungsschirme das Ausfallrisiko trägt und nicht mehr die „privaten Gläubiger“, die sich mit Hinweis auf die Systemrisiken in der Regel der Haftung entziehen. Weitere differenziertere Modelle sind vorstellbar: Um rasch zu einer Tilgung der Alt-

schulden zu kommen, könnten für einen bestimmten Anteil der kurzfristig fälligen Altschulden Anleihen ausgegeben werden, die einen extrem niedrigen Zinssatz (z.B. 1%), dafür aber eine hohe jährliche Tilgung vorsehen (z.B. 3-5%), und das bei einer Laufzeit von etwa 20-30 Jahren. Auf diese Weise würde eine Gesamtbelastung erreicht, die in etwa auf der Höhe der heutigen Marktzinsen für Staatsschuldner mit schlechter Bonität liegt, aber langfristig zu einem sukzessiven Abbau der Altschulden führt. Es soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, dass in diesem Modell noch für weitere Fragen Lösungen zu finden sind. Beispielsweise ist es wohl notwendig, einen Sekundärmarkt für diese Kredite zu organisieren, auf dem auch andere Marktteilnehmer in Staatsanleihen investieren können. Andernfalls würde man konservativ orientierten Anlageformen zur Alterssicherung (wie Lebensversicherungen, Pensionsfonds) eine ganz wesentliche Anlageklasse nehmen. Dies würde wiederum Anreize schaffen, neue „kreative“ Finanzinstrumente zu erfinden, die man ja eigentlich reduzieren möchte. Bei diesen oder ähnlichen Modellen der ausschließlichen Finanzierung mit Zentralbank-Geld stellt sich natürlich die Frage, ob eine EZB dauerhaft unabhängig genug ist, um so etwas wie eine disziplinierende Geldmengensteuerung gegenüber den Begehrlichkeiten der politischen Führungen in den einzelnen Ländern gewährleisten und aufrecht erhalten zu können. Glaubt man dies nicht, muss man andere Wege finden, eine Institution zu schaffen, die die Geldmenge politisch unabhängig steuert und ausschließlich (verfassungsrechtlichen?) Regeln unterworfen ist.

Was bleibt: Die Systemfrage

Die dargestellten Gedanken richten sich überwiegend darauf, welche Möglichkeiten gegenzusteuern es innerhalb des Systems gibt. Zunehmend mehr Menschen haben jedoch Zweifel daran, ob dieses System dauerhaft überlebensfähig ist.



Bank-Crash: Das Risiko trägt die Gesellschaft, den Gewinn machen die Aktionäre.